

## Finanzkrise

Die Finanzkrise beschäftigt nicht nur die Politiker und Anleger (die Nervosität der Anleger ist am DAX abzulesen), sondern die ganze Bevölkerung. Viele haben Angst um ihr Ersparthes, zwar ist eine allgemeine Hysterie in Deutschland bislang nicht eingetreten, aber viele suchen sichere Anlagemöglichkeiten für ihr Ersparthes, dabei wird in Gold oder sogar in Wald angelegt.

Was wäre bei einem Zusammenbruch Griechenlands zu erwarten? Betroffen wären zunächst die Griechen selbst, die Banken in Griechenland, die EZB, die ein Großteil der griechischen Anleihen bereits aufgekauft hat (also der Steuerzahler), dann einige Banken, die noch Anleihen halten. Die Banken kaufen nicht nur für sich, sondern in der Regel verkaufen sie Kreditpapiere an ihre Kunden, also wären auch private Anleger betroffen und Fonds, z. B. Rentenfonds die Rentengelder in Anleihen angelegt haben. Wahrscheinlich auch die Versicherungen, die z. B. die Riestergelder in Staatsanleihen angelegt haben. Vorausgesetzt der Staat greift nicht wie bisher massiv ein und rettet die Banken mit Steuergeldern, was passiert, wenn eine Bank in die Pleite schlittert?

Sollte eine Bank in die Insolvenz abrutschen, würde eine staatliche Garantie nur einen Teil, den gesetzliche geschützten Teil, absichern. Der Rest wäre verloren.

Bei der aktuellen Politik werden die Interessen der Anleger geschützt.

Es geht also nicht wirklich um die Rettung Griechenlands. Das Land wird durch die Sparmaßnahmen (auf dem Rücken der Bevölkerung) kaputt gespart, damit die Forderungen der Anleger bedient werden können. Es geht um die Renditen der Anleger, besonders der Großanleger. Was spricht dagegen, wenn diese Anleger ihr Geld verlieren? Es trifft keine armen Menschen und wer auf hohe Renditen hofft, muss mit dem Risiko, sich zu verzocken, leben. Der Staat könnte die Banken übernehmen, die Zockerbuden schließen (Investmentabteilungen) und die Banken wieder auf ihren ursprünglichen Auftrag, Kredite für die Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, zurückführen (Beispiel Sparkassen, Raiffeisenbanken, Genossenschaftsbanken).

Die aktuelle Dauerkrise verunsichert die Menschen nicht nur in Griechenland, auch Italien, Spanien, Irland, Portugal, sogar das exportstarke Deutschland, das den europäischen Binnenmarkt mit seinen Gütern beherrscht, sind betroffen, weil durch die Streichungen in den öffentlichen Haushalten große Teile der Bevölkerung an die Armutsgrenze gerutscht sind und die Binnennachfrage stark nachgelassen hat. Nicht Abbau von Nachfrage durch Streichungen bei den Löhnen, den Renten, den Lohnersatzleistungen sind notwendig, sondern ein Aufbau durch einen Mindestlohn, durch höhere Renten, durch Erhöhung der Lohnersatzleistungen. Gleichzeitig muss die Neuverschuldung zurückgefahren werden und die Staatsschulden abgebaut werden und zwar durch Steuererhöhungen für die Profiteure der falschen Politik der letzten drei Jahrzehnte (Einführung einer Vermögenssteuer auf

Barvermögen und Anlagevermögen, eine hohe Erbschaftssteuer für Erbschaften über eine festzulegende Grenze <z.B. 1 Mill.>).

An dieser Stelle soll zu diesem Thema das Buch von Sahra Wagenknecht „Freiheit statt Kapitalismus“ empfohlen werden, die diese Themen ausführlich behandelt, differenziert darstellt und Wege aus der Krise aufzeigt. (siehe unter Literatur-Empfehlungen auf dieser Internet-Seite).

Auch die SPD springt auf den Zug der verbalen Forderungen nach Regulierungen des Finanzmarkts auf und lässt ihren möglichen Kanzlerkandidat im Fernsehen und in der Süddeutschen Zeitung eine „Zähmung des Kapitalismus“ fordern. Auch der Fraktionsvorsitzende der Partei -Frank-Walter Steinmeier- schließt sich diesen Forderungen an, die im Wesentlichen den Vorschlägen der EU-Kommission entsprechen.

Bislang werden nur Vorschläge gemacht, geändert hat sich wenig oder nichts. Es ist zu erwarten, dass eine EU weite und sinnvolle Regulierung, wie z.B. eine Trennung des Kreditgeschäfts von dem Investmentbankgeschäft oder ein Verbot von Warentermingeschäften die keinen Bezug zu konkreten Transaktionen haben, an dem Widerspruch von Großbritannien scheitern wird. Das einzige, was bislang versucht wird ist über absurde Hebelwirkungen und einen enormen Aufwand an Steuergelder (auf Pump finanziert) die Renditen der Anleger zu retten, koste es was es wolle. Um die Bevölkerung zunächst zu beruhigen werden Regierungen ausgetauscht (als ob sich durch neue Köpfe irgendetwas ändern würde) und auf Zeit gesetzt. Vielleicht passiert ja noch ein Wunder.

Nicht nur die SPD oder die EU-Kommission übernehmen Forderungen, die ursprünglich aus den Reihen der linken Bewegungen (z.B. attac) kommen, obwohl diese Bewegungen ansonsten immer noch in die ideologische (kommunistische) Ecke gestellt werden und mit allen Mitteln der Rhetorik an den Pranger einer längst überwundenen Vergangenheit gestellt werden. Aber ihre postideologischen und pragmatischen Forderung, die sich aus der Analyse des aktuellen wirtschaftlichen Systems ergeben, werden mehr und mehr übernommen, was die Berechtigung dieser Bewegungen beweist und ihrer Arbeit auszeichnet.

Selbst die CDU diskutiert inzwischen über einen Mindestlohn. Zwar ist diese Partei von einem notwendigen gesetzlichen Mindestlohn noch weit weg, aber erste Hürden haben sie genommen und eine untere Lohnuntergrenze, vereinbart durch die Tarifparteien, beschlossen. Auch wenn die Entscheidungen der CDU nicht weit genug gehen, aber was nicht ist kann ja noch werden. Voraussetzung ist der Druck von den gesellschaftlichen Kräften, die eine Verbesserung für die Vielen, statt hohe Renditen für die Wenigen wollen.

Hans-Wilhelm Meyer (November 2011)

[www.ausbruchsversuche.de](http://www.ausbruchsversuche.de)